

## **Rede von Herrn Kiedaisch, 05.11.2014**

Guten Abend meine Damen und Herren, jetzt eine weitere Stunde Vortrag von mir. Ich werde es kürzer machen.

Einbringung Haushalt 2015. Wir haben Ihnen den zweiten doppischen Haushalt vorgelegt. Für die Neulinge im Gemeinderat mit dem Vorteil, dass Sie jetzt schon immerhin Vergleichsdaten haben mit dem laufenden Jahr. Der Gemeinderat im letzten Jahr musste sich mit einem Haushaltsplan beschäftigen, der nur eine Spalte, das Jahr 2014, gefüllt hatte, zugegeben eine relativ schwierige Geschichte. Wir haben versucht- ich hoffe es ist uns gelungen- einige Anregungen auch von Ihnen in der Gestaltung des Haushaltsplans, in der besseren Verständlichkeit mit aufzunehmen. Wir haben die Erläuterungen erweitert. Wir haben auch die Deckblätter zu den einzelnen Fachbereichen mit den Zielen, mit den Kennzahlen zu den einzelnen Produktbereichen nochmals überarbeitet, sodass wir denken, Ihnen durchaus bei aller Komplexität eines solchen Haushaltsplans ein Werk vorgelegt zu haben, mit dem Sie nicht nur jetzt in den Haushaltsplanberatungen, sondern auch über das Jahr vernünftig arbeiten können.

Ganz kurz zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen. Sie wissen, jeden Herbst- das haben Sie sicher verfolgt- legen die vier großen Wirtschaftsinstitute ihren Herbstbericht, ihr Herbstgutachten, vor mit den Daten, die dann auch Grundlage sind für die momentan stattfindenden Steuerschätzungen. Heute, glaube ich, oder morgen werden die Ergebnisse der Novembersteuerschätzungen bekannt gegeben, auf der Basis auch dieser konjunkturellen Prognosen. Es gab eine Eintrübung im Vergleich jetzt noch zum Frühjahr. Die Prognosen bezüglich des Wachstums, Bruttoinlandprodukt im Frühjahr noch bei 2 % für das Jahr 2015, liegt momentan jetzt bei 1,2 % und auch die Zahl der Arbeitslosen wird mit einer leichten Steigung, allerdings auf sehr geringem Niveau, prognostiziert. Wir haben also weiterhin eine positive Konjunktorentwicklung, allerdings nicht mehr mit der Dynamik und in dem Umfang, mit dem man noch im Frühjahr kalkuliert hatte. Das hat natürlich dann Auswirkungen auf unsere Finanzen.

Die Finanzsituation der Kommunen, das will ich jetzt überspringen, da ist Herr Spec schon sehr ausführlich darauf eingegangen. Vielleicht auf diese Folie in diesem Zusammenhang, Investitionsrückstand in den Kommunen, auch eine aktuelle Erhebung des deutschen Städte- und Gemeindebundes. Und man findet hier

eigentlich Ludwigsburg sehr gut wieder. Das Thema Straßenverkehrsinfrastruktur ist ein großer Bereich mit 26% Investitionsrückständen vom Gesamtvolumen und der Bereich Schulen mit 20 %, Kinderbetreuung nur 5 %- da hatten viele Städte die letzten Jahren sehr viel getan- Sportstätten, Bäder auch mit 10 %. Das ist ja auch ein Thema, mit dem wir uns laufend befassen und auch befassen müssen. Wie können wir unsere Substanz, unsere Vermögenssubstanz, sinnvoll erhalten?

Die Rahmenbedingungen zur Haushaltsplanung 2015 insgesamt zusammengefasst: Wir haben weiterhin eine positive Steuerentwicklung, allerdings auf der Basis schwächerer Konjunkturdaten. Die Gewerbesteuer stagniert, wenn auch auf hohem Niveau und die Orientierungsdaten für die Jahre 2015, die wir über das Land bekommen, zeigen weiterhin eine positive Entwicklung auf, allerdings die Ergebnisse der Novembersteuerschätzungen stehen momentan noch aus. Offen- das war auch so ein Teil dieses Herbstgutachtens- worauf wird diese Abschwächung der Konjunktur zurückgeführt oder auch die Einschätzung der Industrie bezüglich der weiteren Entwicklung, das Thema Exportkrise, Wachstumsschwäche auch die weitere Finanzkrise, die wir eigentlich immer noch haben- die Bankenkrise ist immer noch nicht überwunden, wenn man sieht oder liest, dass mittlerweile die Banken ihre liquiden Mittel bei der EZB zu einem Minuszins anlegen müssen.

Zu den Zahlen, wie wir Ihnen jetzt den Haushalt 2015 vorlegen oder vorgelegt haben. Ich beginne mit den Aufwendungen. Wir haben ordentliche Aufwendungen von 248,8 Millionen €. Schwerpunkt natürlich die Personalaufwendungen mit mittlerweile 69,6 Millionen €, über die haben wir gestern schon sehr ausführlich im WKV diskutiert. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen stagniert, was heißt stagniert, hat sich auch leicht erhöht, aufgrund eben auch zusätzlicher neuer Einrichtungen, Energiekosten, Baugrün, Straßenunterhaltung, aber hier haben wir nur eine vergleichsweise leichte Steigung. Bei den Transferaufwendungen haben wir auch eine Steigung. Hier spielt unter anderem auch wiederum das Thema Kinderbetreuung hinein. Die Zuschüsse an die freien Träger für die Kinderbetreuung steigen auch im nächsten Jahr auf mittlerweile 23 Millionen an. Der größte Teil der Transferaufwendungen sind dann noch die Umlagen, Gewerbesteuer, Finanzausgleichsumlage, Kreis- und Regionalumlage, die wir auf der Basis unserer Steuerkraft zu bezahlen haben.

Zum Personaletat will ich nur ganz kurz was sagen. Wir haben oder der Fachbereich Organisation und Personal hat Ihnen ja die Vorlage 392/14 zum

Stellenentwicklungsplan vorgelegt. Wir haben mehrere Faktoren, die die Personalaufwendungen beeinflussen, insbesondere auch Tariferhöhungen, aber natürlich im Wesentlichen die Schaffung zusätzlicher, neuer Stellen. Wir versuchen auch trotzdem hier weiterhin Personalkosten einzusparen, um die Steigerung noch etwas zu mildern. Ich will es nicht überstrapazieren das Thema, aber es ist einfach notwendig auch von meiner Seite auf eben diesen größten Kostenblock mittlerweile im Haushalt der Stadt Ludwigsburg hinzuweisen, weniger – das wurde von Herrn Spec ja deutlich gemacht-, dass wir das dem Grunde nach in irgendeiner Weise in Frage stellen wollten- im Gegenteil, wir werden auch die nächsten Jahre da noch weiter etwas machen- aber was hier auffällig wird, ist, dass dieser Anteil der steuerfinanzierten Kosten der Kinderbetreuung nicht geringer wird, sondern tendenziell sogar noch wächst. Und das ist unser großes Problem, dass eben die Zusagen von Bund und Land wie von Herrn Spec schon erwähnt eben nicht in vollem Umfang eingehalten werden. Auch die ursprüngliche Zusage des Landes 68 % der Betriebskosten für die Kinder unter drei zu übernehmen, auch da sind wir noch weit entfernt. Da haben wir noch einen Nachholeffekt, weil die Basis für die Zahlen jetzt in 2015 sind die Finanzstatistik 2013 und die Kinderzahlen des Jahres 2014. D.h. da hinken wir immer der Entwicklung etwas hinterher. Es wird, denke ich mal, in den nächsten zwei/ drei Jahren eine gewisse Abflachung stattfinden. Aber momentan, wenn man den Gesamtbereich der Kinderbetreuung betrachtet, sind durch Elternbeiträge und Landeszuweisungen eben nur etwas mehr wie 40 % tatsächlich abgedeckt, d.h. 60 % der steigenden Kosten im Kinderbetreuungsbereich müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Hier noch einmal dieses Bild „Bund entlastet Länder und Kommunen“, ist aus der Internetseite des Bundesfinanzministeriums, wird das sehr schön dargestellt, aber Fakt ist es kommt nicht so wie ursprünglich eigentlich zugesagt bei den Kommunen an.

Im Zusammenhang mit dem Thema der Steuererhöhungen, wir hatten die Diskussion ja bereits im Jahr 2010 als wir damals die Grundsteuer von 330 auf 360 Hebesatzpunkte angehoben haben und dann insbesondere nochmals im Jahr 2013 zum Haushaltsplan 2013, wo wir oder der Gemeinderat entschieden hat sowohl die Grundsteuer als auch die Gewerbesteuer auf 375 Hebesatzpunkte anzuheben. An diesem Schaubild habe ich einfach mal gegenübergestellt, den Zuwachs an steuerfinanzierten Kosten aus dem Kinderbetreuungsbereich zu den Zusatzeinnahmen aus der Steuererhöhung 2013 und Sie sehen im

Rechnungsergebnis 2013 konnten wir mit dem blauen Balken, das sind die Steuerzusatzannahmen aus der Hebesatzerhöhung, konnten wir die zusätzlichen Kosten der Kinderbetreuung noch finanzieren, sogar leicht überkompensieren. Aber schon im Jahr 2014 hat uns der linke Balken überholt, sodass wir jetzt wieder vor dem Problem stehen: „Wie finanzieren wir diese steigenden Kosten?“. Auch in der Gesamtübersicht, der Anteil der verschiedenen Fachbereiche an dem ordentlichen Ergebnis, also insgesamt ja einem negativen ordentlichen Ergebnis, das ja durch Steuereinnahmen ausgeglichen wird, sehen wir, dass der Fachbereich Familie und Bildung, jetzt ohne den Bereich Sport, deutlich das größte Volumen des ordentlichen Ergebnisses beansprucht. Dann gefolgt von dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft, dort sind natürlich die gesamten Gebäudekosten einschließlich der Abschreibungen, der Gebäudeunterhaltungsaufwendungen, mitenthalten. Dann ganz rechts die TDL und der Tiefbaubereich. Das sind so die großen Bereiche. Links dann noch der Bereich Organisation und Personal, wobei dort, das wurde ja gestern auch ausgeführt, einige Positionen auch zentral veranschlagt sind. Insgesamt, wenn wir die bereinigten Einzahlungen und Auszahlungen gegenüberstellen, haben wir es eigentlich, mit einer Ausnahme im Jahr 2005, haben wir es eigentlich immer geschafft, dass die Einnahmen regelmäßig höher waren als die Ausgaben, also ganz klassisch gut gewirtschaftet. Wir sind mit den vom Steuerzahler zur Verfügung gestellten Einnahmen ausgekommen, haben unsere öffentlichen Aufgaben erfüllt und so sieht es momentan auch noch für das laufende Jahr 2014 als auch für das Planjahr 2015 aus, allerdings und da werde ich gleich darauf eingehen, nur eben dadurch, dass wir Ihnen ja auch vorschlagen auf der Einnahmeseite die Grundsteuer um 30 Hebesatzpunkte zu erhöhen und auf der Aufwandsseite eine globale Minderaufwendung von 1,3 Millionen zu veranschlagen.

Die Ertragsseite sieht so aus, dass wir stabile, sogar leicht steigende Steuereinnahmen haben, obwohl wir bei der Gewerbesteuer, das ist ja die Hauptsteuereinnahme, von 75 Millionen noch im Jahr 2014 auf 70 Millionen zurückgegangen sind. Das basiert auf den aktuellen Erkenntnissen. Wir stehen momentan bei 71,6 Millionen Veranlagungssoll. Wir werden, also wenn nicht ein Wunder geschieht, in diesem Jahr zum ersten Mal den Planansatz der Gewerbesteuer nicht erreichen. Die letzten Jahre hatten wir ihn sogar regelmäßig übertreffen können. Trotzdem, auch die 70 Millionen ist ein hoher Betrag. Sie sehen es an der nächsten Folie. Wenn man den Durchschnitt der letzten Jahre betrachtet,

haben wir ungefähr 65/ 66 Millionen durchschnittlich gehabt seit 2004 und bewegen uns eigentlich seit 2011 deutlich über diesem Durchschnitt und wenn wir jetzt auf 70 Millionen wieder zurückgehen, dann ist das ein Rückgang auf sehr hohem Niveau und wir können auch heute noch nicht sicher sein, ob wir diesen Betrag tatsächlich dann im Jahr 2015 erreichen. Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen und den Gebühren sehen Sie hier nochmals die Entwicklung. Der grüne Balken der Gewerbesteuer, der rote Balken oder orangene Balken sind die Nettogewerbesteuererinnahmen, die uns nach Gewerbesteuerumlage verbleiben und unten dann der gelbe Balken die Gebühren und der hellblaue Balken die Grundsteuer. Und Sie sehen eine leichte Steigerung bei der Grundsteuer von 2014 nach 2015. Wir haben insgesamt auch da eine leichte Steigerung, dadurch dass wir eben- Herr Spec hat es erwähnt- zusätzliche Einwohner in Ludwigsburg, neue Baugebiete erschlossen haben und das führt natürlich auch zu- Hartenecker Höhe, Neckarterasse und dergleichen-, dass die Grundsteuereinnahmen dort ansteigen.

Interessant ist diese Folie, also in der Gesamtbetrachtung, wenn man sich anschaut: „Was bleibt uns denn von den Steuereinnahmen insgesamt zur Verfügung zur Deckung der Defizite in den verschiedenen Aufgabenbereichen?“ und da haben wir auch eine positive Entwicklung. Das ist diese rote Linie, die Sie da sehen, dass wir jetzt momentan nach Abzug sämtlicher Umlagen rund 106 Millionen € aus Steuereinnahmen zur Verfügung haben, um eben unsere Ausgaben zu decken. Die geplante Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer- natürlich, das war uns von Anfang an klar, dass das keine leichte Kost ist für Sie und dass man da auch intensiv sich darüber unterhalten muss- aber wir haben steigende Aufwendungen, nicht nur im wesentlichen Bereich der Kinderbetreuung, aber eben auch durch andere neue Einrichtungen, durch Schulen, Ganztagesbetreuung, Schulumens, durch Kernzeitenbetreuung, durch das neue Museum, andere neue Aufgaben, die dazu gekommen sind, Kommunaler Ordnungsdienst, Fachbereich Sport und Gesundheit, über den wir ja heute auch noch beschließen, das Neue Kommunale Haushaltsrecht, die Bürgerbeteiligung. Alles zusätzliche Aufgaben, das ist nur ein kleiner Auszug, die auf uns zugekommen sind und die wir aber mit Ihnen im Gemeinderat auch regelmäßig besprochen und Sie im Wesentlichen beschlossen haben. Es ist im Übrigen an dieser Stelle so, insbesondere der Ergebnishaushalt, der im Wesentlichen durch Pflichtaufgaben der Kommune geprägt ist, dass alles, was dort gemacht ist, was wir dort auch jetzt an zusätzlichen Aufwendungen eingestellt haben,

mit Sicherheit zu 90 % auf Beschlüsse des Gemeinderats zurückgeht. Eben auch mit steigenden Folgekosten, also wenn immer auf das Thema Folgekosten hingewiesen wird- zu recht und es ist uns auch wichtig, dass Sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen- möchte ich auch für die Neuen im Gemeinderat darauf hinweisen, dass wir auf jeder Vorlage darauf hinweisen, die Sie ja jetzt schon gesehen haben, immer die finanziellen Auswirkungen darstellen, bei Baumaßnahmen immer ein Folgekostenberechnungsblatt beifügen, aus dem exakt nachvollzogen werden kann, nicht nur was aus dem Bau an zusätzlichen Aufwendungen für den Ergebnishaushalt entsteht, sondern auch aus dem Betrieb beispielsweise eben eines neuen Kinderfamilienzentrums in Poppenweiler. Es ist deswegen folgerichtig, dass eben auch im Stellenplan dann sechs zusätzliche Stellen für ein Kinderfamilienzentrum enthalten sind. Sie können es nachschauen. Das war schon prognostiziert oder in dem Folgekostenblatt für den Baubeschluss damals mitenthalten. Deswegen, der Haushaltsplan dürfte eigentlich im Großen und Ganzen keine Überraschung für Sie sein. Es ist nur im Gesamtergebnis, immer eine Zusammenfassung all dessen, was Sie eben das ganze Jahr über im Gemeinderat beschließen und was sich eben dann in der Folge im Haushaltsplan niederschlägt. Wir haben im Moment die Situation, dass wir momentan ohne diese Grundsteuererhöhung und ohne eine globale Minderaufwendung in Höhe von 1,3 Millionen ein Defizit hätten im Ergebnishaushalt. Wir haben momentan mit diesen Verbesserungen im Haushalt ein leicht positives Ergebnis, aber wir sehen auch in der weiteren Entwicklung im Finanzplan, das ist der kleinere weiße Teil neben dem großen gelben Teil, im Haushaltsplan da haben wir Ihnen auch die Entwicklung in der Finanzplanung 2016 bis 2018 aufgezeigt und da sehen wir, dass der Ergebnisaushalt, wenn wir nicht gegensteuern, wenn wir uns nicht jetzt schon Gedanken machen, wie wir mit diesen Einnahmen- und Ausgabeentwicklungen umgehen, zu einem weiteren Defizit führen würde.

Fazit für den Ergebnishaushalt: Wir haben stabile, leicht steigende Steuereinnahmen, aber eben auch entsprechend weiter steigende Ausgaben. Wir haben kein ausgeglichenes Ergebnis ohne Grundsteuererhöhungen und globale Minderaufwendung. Das Ausgabenwachstum ist momentan höher als die Steigerung auf der Einnahmenseite. Der Haushalt wäre genehmigungsfähig, da bis 2020 noch die alten, kammeralen Ausgleichsregeln gelten. Wir könnten theoretisch auch ein

Defizit im Ergebnishaushalt ausweisen, wenn wir einen positiven Zahlungsmittelüberschuss haben.

Die Stellschrauben, das kennen Sie oder das ist eigentlich auch nichts Neues: Erhöhung/ Anpassung von Gebühren/ Steuern, Reduzierung von Aufgaben/ Gebäuden/ Gebäudeflächen, Reduzierung Standards, Effizienzsteigerungen, interkommunale Zusammenarbeit. Das sind Themen, die wir schon seit Jahren bearbeiten. Also nicht nur die Erhöhung von Einnahmen, auch die Ausgabenseite und auch da werden wir Ihnen wieder Vorschläge machen oder wir wollen mit Ihnen gemeinsam, das wurde gestern ja auch angedeutet in der Diskussion um den Stellenzuwachs, gemeinsam da Wege finden, wie wir den Haushalt wieder eben in den Einklang bringen. Und wir können eben nicht vertrauen darauf, dass wir von Bund oder Land künftig noch mehr Geld bekommen. Die Schuldenbremse wirft ihre Schatten voraus. Ich gehe davon aus, dass die Kommunen selber schauen müssen oder das was in ihrer Einflussosphäre steht, tun muss, um den Haushalt insgesamt ausgleichen zu können. Wir wollen, um auch das Ganze zu dokumentieren, einen neuen Masterplan auflegen, generationengerechte Finanzen unter Federführung des Fachbereichs Revision mit Unterstützung der Fachbereiche Finanzen und Organisation und Personal, um langfristig den Haushaltsausgleich sicherzustellen, also vorausschauend jetzt schon damit zu beginnen und nicht erst, wenn wirklich dann das Defizit da ist. Die globale Minderaufwendung eben umzusetzen, auch in der Finanzplanung und diese ganzen Maßnahmen zu dokumentieren.

Planungsstand im Finanzhaushalt, Investitionsprogramm- jetzt ein Wechsel, aber ich komm gleich auch nochmal auf die Beziehung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt zu sprechen. Wir haben, das ist auch nicht überraschend, auch in dem Finanzplanungszeitraum 2015/ 2018 weiterhin den Schwerpunkt auf dem Bereich der Schulbaumaßnahmen mit 31,6 Millionen und der Kinderbetreuung mit 15,3. Wir haben pauschal für Schul-, Kindertagesstätten und Sportbauten in diesem Zeitraum einen Betrag von 7,2 Millionen Euro noch eingestellt, den werde ich kurz nachher auch noch erläutern und für Straßenbaumaßnahmen haben wir insgesamt 36,4 Millionen Euro veranschlagt. Wir haben also insgesamt, also zu den Beträgen die hier stehen, haben wir insgesamt ein Investitionsprogramm von knapp 100 Millionen Euro in diesem vierjährigen Zeitraum. Es sind genau 98,9 Millionen, die wir da bewegen wollen, um notwendige Investitionen und dann bei Weitem nicht alle

Investitionen, die vielleicht notwendig wären, aber alle zumindest in der Priorisierung durch den Gemeinderat notwendigen Investitionen durchführen zu können. Die größeren Einzelmaßnahmen habe ich hier noch einmal zusammengefasst. Ich brauche sie jetzt nicht vorlesen. Sie werden das auch in der Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen nachvollziehen. Was mir wichtig ist, wir haben die in der Gemeinderatsklausur im Frühjahr priorisierten Hochbaumaßnahmen Grundschule Hoheneck, Friedrich von Keller Schule, altes Schulhaus Poppenweiler, Bildungszentrum West usw., haben wir im Haushalt eingestellt. Momentan allerdings nur mit Planungsraten, weil wir bei all diesen Maßnahmen noch nicht so weit sind, dass wir valide Kostenschätzungen hätten, um dann tatsächlich die Baukosten auf der Basis so wie es die Gemeindehaushaltsverordnung auch fordert, auf der Basis einer Kostenrechnung im Haushalt zu veranschlagen. Aber das sind die Maßnahmen, die wir auch weiterhin mit Priorität vorantreiben wollen. Allerdings mit dem Hinweis: Sie sind noch nicht vollständig im Finanzplan finanziert. Der vorher erwähnte Sammler für weitere Planungs- und Bauraten, Sie können das auf der Seite 168 im gelben Teil im Einzelnen nochmals nachvollziehen. Wir haben dort zum Einen nochmals das Planungsmittel bereitgestellt oder schlagen Ihnen vor diese Planungsmittel bereitzustellen, 260.000, 320.000 und 600.000 im Jahr von 2014 bis 2016, um die– das ist noch gar nicht vollständig– aber um diese Maßnahmen, die hier zumindest teilweise aufgeführt sind, voranzubringen. Zumindes in der Planung soweit voranzubringen, dass sie in dem Haushaltsplan veranschlagt werden könnten und wir haben dann in den Jahren 2017 und 2018 jeweils drei Millionen schon als erste Bauraten, allerdings mit Ihnen noch abzustimmen, welche Maßnahmen da dann tatsächlich noch zum Zuge kommen können. Die Finanzplanung, auch für die Neuen im Gemeinderat, die Finanzplanung wird von Jahr zu Jahr fortgeschrieben und aktualisiert und überarbeitet. Es ist ein wichtiger Bestandteil, aber nicht endgültig verbindlich für die Finanzplanungsjahre 2016 bis 2018.

Ergebnis des Finanzhaushalts, Zahlungsmittelbedarf von 29,2 Millionen, die wir benötigen, um all diese Maßnahmen zu finanzieren. Wir haben einen sehr hohen Anteil in diesem Jahr von bereits beschlossenen laufenden Maßnahmen, also Innenstadtgemeinschaftsschule, Sanierung Goethe, um große Beispiele zu nennen. Und wir können momentan all diese Maßnahmen aus der vorhandenen Liquidität finanzieren. 26 Millionen Stand letzter kammeraler Rechnungsabschluss, allgemeine Rücklage Beginn des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts mit rund 76 Millionen

Liquidität. In 2014 haben wir 27 Millionen veranschlagt, die wir davon benötigen, um die Investitionen in diesem Jahr zu finanzieren. Da wird nicht alles abfließen, aber es wird dann entsprechend im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Mittelfristig nach dem aktuellen Stand nach 2017 werden Kreditaufnahmen erforderlich und viele geplante Maßnahmen sind momentan noch nicht finanziert.

Zu dem Thema Liquidität: Wir haben wie schon mehrfach betont eine sehr gute Finanzausstattung, indem wir zu Beginn des Jahres mit 76 Millionen Rücklagen gestartet sind. Und wie hier eben auch dargestellt, werden 27 Millionen Euro in diesem Jahr planerisch benötigt, um die Investitionen 2014 zu finanzieren und 29,2 Millionen, um die Investitionen 2015 zu finanzieren, sodass wir dann in 2016- dort haben wir dann auch noch einen Finanzierungsbedarf von etwas über 20 Millionen Euro- mit unserer Liquidität schon am Ende sind. Und mit dieser Betrachtung sind die Steuererhöhungen und die globale Minderaufwendung schon berücksichtigt. Vielleicht ist das wirklich schwierig zu verstehen, aber es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt. Wenn wir im Ergebnishaushalt nicht ausreichend liquide Überschüsse erwirtschaften, eigentlich mindestens unsere Abschreibungen, die netto etwa 10 Millionen betragen, wenn wir die nicht als liquide Mittel erwirtschaften, dann fehlen uns diese Mittel für Ersatzinvestitionen, für Sanierungsmaßnahmen bestehender Gebäude im Finanzhaushalt. Und deswegen, trotz dieser hohen Liquidität, empfehlen wir Ihnen eine Steuererhöhung und wir empfehlen Ihnen auch diese Konsolidierungsmaßnahmen, damit wir diese Situation in 2016/ 2017 wie sie hier nach dem derzeitigen Plan aufgezeigt ist, so tatsächlich nicht erreichen, dass wir weiterhin in der Lage sind unsere Investitionen überwiegend aus Eigenmitteln zu finanzieren und eben auch den Schuldenstand weiter zu reduzieren. Wir haben den Schuldenstand regelmäßig reduziert. Dieser Sprung 2013 auf 2014 ist darauf zurückzuführen- bei dem Jahresabschluss haben wir das erläutert-, dass wir eine Sonderrechnung Akademie für darstellende Kunst aufgelöst haben, wo dort noch ein Kredit zu übernehmen war, aber wir haben die letzten sieben Jahre keine Kredite aufgenommen.

Und ich will das Thema Kreditfinanzierung auch kurz ansprechen. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner von Kreditaufnahmen. Kreditaufnahmen können durchaus Sinn machen, wenn man eine Finanzierung auch langfristig betrachtet und auch das

würde dem Prinzip der Generationengerechtigkeit nicht einmal widersprechen, wenn man eine Schulbaumaßnahme finanziert unter anderem mit Krediten und eben die Kapitalkosten Zins und Tilgung eben auch über eine längere Zeit verteilen würde, aber- und das gilt für jeden privaten Haushalt-, wenn Sie Kredite aufnehmen zur Finanzierung einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheims, dann können Sie einen Kredit nur dann aufnehmen, wenn Sie in der Lage sind Ihre Kreditverpflichtungen Zins und Tilgungszahlungen aus Ihrem laufenden Einkommen zu finanzieren. Wenn Sie in der Lage sind mit Ihren regelmäßigen Einkommen eben diese Zinsen und Tilgungsaufwendungen zu bezahlen. Solange wir im Ergebnishaushalt ein Defizit haben und diesen Ausgleich nicht erreichen, würde eine Kreditaufnahme dazu führen, dass die Aufwendungen im Ergebnishaushalt weiter steigen. Zwar sind die Zinsen gering, aber die Zinsen sind auch die geringsten Lasten, weil jede Investition, die wir tätigen, ist eine defizitäre Investition. Wenn ein Unternehmer eine neue Produktionsanlage finanziert und beschafft, dann erwartet er aus dieser Produktionsanlage zusätzliche Erträge zur Finanzierung dieser Kapitalkosten und erwartet sogar einen Gewinn. Wenn wir ein neues Kinder- und Familienzentrum bauen, dann sind die Folgekosten deutlich höher als die Folgeerträge. Und wenn wir das dann noch mit Krediten finanzieren, dann kommen zusätzliche Kosten mit hinzu. Und das strukturelle Problem im Ergebnishaushalt bekommen wir so eben nicht gelöst. Aber da bin ich auch gerne für alle Diskussionen offen und bereit, aber um das kommen wir meines Erachtens nicht herum.

Zusammengefasst, wir haben trotz der aktuellen guten Konjunkturlage, die Entwicklung, dass auf absehbare Zeit die Steuereinnahmen nicht ausreichen, um die steigenden Ausgaben zu finanzieren. Uns fehlt im Ergebnishaushalt durchschnittlich weiterhin ein Betrag zwischen 2 Millionen und 10 Millionen € und wir brauchen weiterhin Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, sowohl auf der Aufwandsseite als auch auf der Einnahmenseite, auf der Ertragsseite, um insgesamt den Ergebnishaushalt ausgleichen zu können und insgesamt auch unsere Investitionen finanzieren zu können.

Auf das Thema nachhaltige Finanzentwicklung, generationengerechter Haushalt nur ganz kurz: unser Ziel ist weiterhin einen generationengerechten Haushalt aufzustellen und die Herausforderungen hierbei sind einfach, dass wir mit den vielen neuen Einrichtungen Folgekosten haben, die wir finanzieren müssen. Unsere

Einnahmen sind konjunkturabhängig. Wir haben momentan wirklich das Glück, dass wir eine positive Konjunkturentwicklung haben, dass wir steigende Steuereinnahmen haben. Wir haben einen weiteren Investitionsbedarf im Bildungs- und Betreuungsbereich. Sanierungsbedarf bei Gebäuden, Straßen. Haushaltskonsolidierung bleibt Daueraufgabe und Steuererhöhungen, meines Erachtens, wir müssen uns zumindest der Diskussion stellen. Wenn Sie andere Lösungen finden, umso besser. Ich glaube nicht, dass wir darum herum kommen. Wir können- wie schon vorher erwähnt- nicht darauf hoffen, dass uns Bund und Land da, zumindest in größerem Umfang, aus der Patsche hilft. Wir müssen selber das tun, was in unserer Einflussosphäre liegt.

Meine Damen und Herren, schwere Kost am Abend. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, möchte mich aber vorab natürlich noch zum Einen bei meinen Mitarbeitern in der Kämmerei bedanken für die gute Arbeit- es war wieder ziemlich aufwendig natürlich so einen Haushaltsplan zu erstellen, aber auch alle Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen, die da uns natürlich zuarbeiten und nur mit deren Unterstützung es auch möglich ist in diesem auch immer sehr engen Zeitrahmen einen solchen Haushaltsplan zu erstellen. Vielen Dank an Sie. Ich freue mich auf interessante, spannende Beratungen.